

Straßburg, 09. März 2016

Inge Gräßle (EVP/CDU):

Verzicht auf Abkommen mit Philip Morris führt zu drei Jahren ohne Kontrolle ihrer Tabakprodukte

Als "bedauerlichen Rückschritt im Kampf gegen den Tabakschmuggel mit Originalzigaretten" bewertet Inge Gräßle, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschuss, dass das Parlament das auslaufende Abkommen der EU mit Philip Morris nicht drei Jahre lang verlängert haben will. "Drei Jahre lang ist die EU jetzt darauf angewiesen, dass das Unternehmen freiwillig das Abkommen einhält, die ordentliche Besteuerung seiner Produkte ab Werk an den ersten Käufer zu verfolgen (Know your customer) und Kartons mit 10.000 Zigaretten aus Steuergründen mit rückverfolgbaren Codes auszustatten." Gräßle weist darauf hin, dass Philip Morris mit "Marlboro" die am meisten geschmuggelte Zigarettenmarke der Welt in seiner Produktpalette hat. Gerade diejenigen, die "tausend Gründe aufführen, der Tabakindustrie nicht zu trauen, vertrauen ihr in dem Punkt, dass sie freiwillig die bisherigen Verfahren einhält", wundert sich Gräßle. "Wenn der Schmuggel mit Originalzigaretten durch die Rechtslücke wieder zunimmt, hat die Antitabaklobby dem Kampf gegen Billigzigaretten einen Bärendienst erwiesen", so Gräßle abschließend.

Information: Seit 2004 unterhält die EU ein Abkommen mit Philip Morris International, das Ende Juli ausläuft. Abkommen mit drei weiteren Konzernen enden zweitversetzt im nächsten Jahrzehnt. Erst 2019 tritt in der EU die Tabakprodukterichtlinie in Kraft mit ähnlichen, aber wesentlich detaillierteren Auflagen zur Kontrolle der Produktions- und Verkaufsströme. International tritt frühestens 2022 das FCTC-Protokoll der Weltgesundheitsorganisation WHO zur Tabakkontrolle in Drittstaaten in Kraft. Die Empfehlung des Parlaments ist für die EU-Kommission rechtlich nicht bindend.

Für weitere Informationen:

Dr. Ingeborg Gräßle MdEP, Tel. +33 388 17 7868